

Basistreffen
mit MdB Dr. Gesine Löttsch,
9. März 2010, 18 Uhr,
Max-Taut-Aula,
Fischerstraße 36



Foto: Joachim Pampel

Bereits am 1. Mai 2005 machten Monika Wunderlich und Leidensgefährten ihren Widerspruch gegen Hartz IV öffentlich. Bis heute unterstützt DIE LINKE Hartz-VI-Betroffene.

Hartz IV verfassungswidrig

Nun haben wir es amtlich dank der Klagebereitschaft und dem Durchhaltevermögen von drei Familien, die von Hartz-IV-Maßnahmen betroffen sind. Am 9. Februar hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) festgestellt, dass die derzeitigen Regelungen nicht mit dem Grundgesetz übereinstimmen, das die Einhaltung der Menschenwürde und das Sozialstaatsgebot festschreibt. Über den rein materiellen Bedarf hinaus soll – so das BVG – das soziokulturelle Existenzminimum auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Die bisherigen Regelsätze für Erwachsene und Kinder werden dem nicht gerecht.

Nun beiehlt sich die zuständige Bundesministerin festzustellen, dass gesellschaftliche Teilhabe selbstverständlich „für uns alle“ dazugehört. Wirklich für uns alle? Ihr CDU-Kollege Peter Weiß, CDU-Bundestagsabgeordneter des Arbeitnehmerflügels der Fraktion, sagte öffentlich, aus seiner Sicht müsse jetzt eine Reform zu niedrigeren Regelsätzen führen. Westerwelles Kommentare spotten der Menschenwürde und richten sich selbst.

Die Volkssolidarität hat die Einführung der Hartz-IV-Gesetze von Anfang an als falsche Weichenstellung scharf kritisiert. Auf die Tagesordnung gehören vorrangig die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Niedriglöhne und prekären Beschäftigungsverhältnisse, um der fortschreitenden Demontage des Sozialstaates entgegenzuwirken. Daneben fordern wir den Ausbau des zweiten, gemeinwohlorientierten Arbeitsmarktes mit sozialversicherungspflichtigen, arbeitsrechtlich abgesicherten Löhnen.

Allen, die Forderungen nach mehr Geld für sozial Benachteiligte mit dem Verweis auf leere Kassen zurückweisen, muss immer wieder deutlich entgegengehalten werden: Nur eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten mit Hilfe einer sozialstaatsgerechten Steuer- und Finanzpolitik schafft letztlich Abhilfe, nicht aber das Aufspannen eines „Schutzschirmes“ über diejenigen, die diesen Weg bekämpfen und verhindern.

Ingeborg Simon, Stellvertretende Landesvorsitzende der Volkssolidarität

Zum Internationalen Frauentag

Von Christina Zühlke

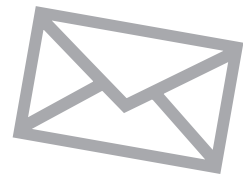
Vor knapp 20 Jahren, am 2. Oktober 1990, auf dem Weg zur Arbeit, hatte ich an einer Lichtenberger Straßenecke plötzlich ein Mikrofon vor der Nase, eine Kamera vor dem Gesicht und die entscheidende Frage im Ohr: „Mit welchen Gedanken gehen Sie in den morgigen Tag?“ Großes Erstaunen, als mein Gegenüber überschwängliche Freude nicht erkennen konnte.

Auf seine Nachfrage erklärte ich ihm, dass alles das, was ich als Arbeiterkind, als Frau und Mutter an Förderung erfahren, genutzt und in meinem Berufsleben dann weitergegeben hatte, künftig wieder schwer umkämpft sein würde: Frauenförderung, Frauensonderstudium, kostenlose Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Haushaltstag – viele junge Frauen kennen ihn nur aus Erzählungen ihrer Eltern –, Förderpläne für junge Mütter in Ausbildung und Studium ..., all dies würde sicher der Vergangenheit angehören.

So kam es denn ja auch – schneller und radikaler, als die meisten geglaubt hatten. Aber wir wissen, dass es in Deutschland viele Menschen gibt, für die die Gleichberechtigung von Frauen und Männern selbstverständlich ist, und die deshalb energisch dafür kämpfen. Gleiche Chancen in Ausbildung und Beruf sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Themen, für die wir uns einsetzen. Als Erfolg zu werten ist auf dem Weg dahin, dass endlich die Kinderbetreuung einen hohen Stellenwert erhält, wofür wir uns in Lichtenberg mit der Gestaltung einer bedarfsgerechten Kita-Landschaft engagieren. Und: „Alleinerziehend“ (überwiegend Frauen) darf kein Armutsrisiko mehr sein!

In dieser Ausgabe

- Stimmen aus der Basis (Seite 2)
- Preis für Demokratie und Zivilcourage an Evelyn Ulrich vom VaV (Seite 3)
- Stadtteilzentren (Seite 3)
- Aufklärung tut not (Seite 4)
- Warum sagt DIE LINKE „Nein!“ beim Bürgerentscheid? (Seiten 5–6)



Bitte keine Zensur!

Einigen „info-links“-Lesern hat die Veröffentlichung der Mandatsträgerbeiträge auf Seite 4 der „Berlin-Info“ vom Februar nicht gefallen, und manchen missfiel zusätzlich der Cowboy mit den Dollarscheinen. Das ist ihr gutes Recht. Ich will sie ausdrücklich ermuntern, ihre Kritik deutlich zu äußern. Wir leiten diese gern an den Adressaten – die „Berlin-Info“ und den Landesvorstand – weiter.

Bedenklich und nicht hinnehmbar aber sind Erwägungen, die „info links“ wegen des beanstandeten Inhalts nicht zu verteilen. Das heißt den Zensor spielen und zu entscheiden, was andere lesen dürfen oder nicht. „Nun übertreib mal nicht“, wurde mir entgegnet. Ich aber sage: „Wo es (harmlos) anfängt, weiß ich. Wo es enden kann, lehrt uns unsere Parteigeschichte.“ Wir dürfen unsere Leser nicht entmündigen. *M. W.*

Linksextreme?

In letzter Zeit vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo zu lesen oder zu hören ist, „linksextreme“ Jugendliche hätten Autos angezündet, Fenster eingeschlagen oder andere Menschen tödlich angegriffen. Natürlich gibt es auch noch andere verbale Mittel, diese Einschätzung inhaltsgleich auszudrücken. Das tat die *taz* am 17. Dezember vorigen Jahres, als sie schrieb, die Zahl „linker Gewalttaten ist im Jahr 2009 exorbitant gestiegen. Eine bisher unveröffentlichte Statistik zeigt eine Zunahme politisch links motivierter Gewalt in den ersten drei Quartalen um 49,4 Prozent. Die Zahl aller Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund sei um 38,9 Prozent gestiegen.“

Die *junge Welt* zitiert den neuen CSU-Landesgruppenchef im Bundestag, Hans-Peter Friedrich, der in der Zeitung *Rheinpfalz* mehr Härte gegen den „zunehmenden Linksextremismus“ forderte. Denn: „Die linksradikale Gewalt ist 2009 im Vergleich zum Vorjahr um knapp 50 Prozent gestiegen.“

Nun kennen an der Gewalttat nicht unmittelbar Beteiligte die Gesinnung der Beschuldigten normalerweise nicht. Also beschränken sich manche von ihnen vorsichtigerweise darauf, zu erklären, die Übeltäter gehörten vermutlich der „linksextremen Szene“ an. Politiker wie Friedrich lassen solche Vorsicht natürlich nicht walten.

Für mich jedenfalls steht fest: Linke Gesinnung und Gewalt gehören nicht zusammen. Im Gegenteil: Gewalt schadet linken Ideen und Zielen. *Ronald Lötzsich*

Stimmen aus der Basis

Mehrere Zuschriften erreichten uns zum Vorschlag, Gesine Lötzsich und Klaus Ernst mit der Führung der LINKEN zu betrauen. Hier eine kleine Auswahl:

„Genossin Dr. Gesine Lötzsich habe ich seit vielen Jahren politischer Arbeit schätzen gelernt. Sie ist als Mensch beliebt und wird bei allen Parteimitgliedern und Sympathisanten als Mitglied des Bundestages, als Vorsitzende der LINKEN Lichtenberg geschätzt. Ich bin überzeugt, dass Gesine die Kraft, die Voraussetzung und das Vertrauen nicht nur der Lichtenberger Parteimitglieder besitzt, die Aufgabe als Parteivorsitzende im Interesse aller Linken in der Bundesrepublik zu meistern.“

Peter Heuer, Vors. Sprecherrat Fennpfehl

Für Lötzsich und Ernst

„Wir Lichtenberger sind überzeugt, dass Gesine Lötzsich, mit dem großen Vertrauensschub, den sie bei der Bundestagswahl 2009 durch 47,5 Prozent der Wahlbeteiligten erhalten hat, dafür stehen kann, als Parteivorsitzende den Kampf der LINKEN für soziale Gerechtigkeit, Frieden und eine demokratisch sozialistische Gesellschaft weiter voranzubringen. Von unseren Delegierten auf dem Rostocker Parteitag erwarten wir, dass sie Gesine Lötzsich und Klaus Ernst ihre Stimme geben.“

Heinz Trezibiatowski

Fassen wir wieder Tritt

„Nach den für DIE LINKE sehr erfolgreichen Landtags- und Bundestagswahlen im vergangenen Jahr hofften Mitglieder und Sympathisanten, dass dies zur Festigung des Zusammenhalts der Partei und für eine produktive Programmdiskussion genutzt wird. Unkenrufe von Pessimisten, dass wir uns eigentlich nur selbst dieses ‚Durchstarten‘ vermessen können, wollte keiner so recht ernst nehmen. Leider waren die Warnungen berechtigt.“

Nach dem absurden und beschämenden Theater der letzten Wochen soll und muss nun wieder Ruhe und Sachlichkeit einziehen. Die personelle Alternative Gesine Lötzsich und Klaus Ernst als Doppelspitze für den Parteivorsitz könnte dazu beitragen.

Ohne die Bereitschaft der Vertreter unterschiedlicher Auffassungen in der Programmdiskussion, aufeinander zuzugehen und kompromissbereit zu sein, wird es aber nicht gehen. Die neue Doppelspitze – vorausgesetzt, der Rostocker Parteitag entscheidet sich für sie – kann und wird aber vieles ‚in die Reihe‘ bringen.“ *Dieter Görsdorf*

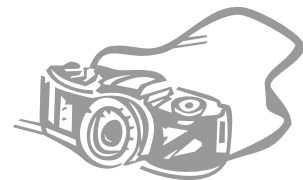
Veranstaltungen

- **Dienstag, 9.3., 18 Uhr**
„DIE LINKE auf dem Weg zum Rostocker Parteitag“, Basistreffen mit Dr. Gesine Lötzsich und Dr. Klaus Lederer; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Mittwoch, 10.3., 19.30 Uhr**
Dr. Gregor Gysi in der KULTSchule: „Denk ich an Deutschland ...“; Sewanstraße 43, Reservierung unter Telefon: 51 06 96 40, Kostenbeitrag 3 €
- **Donnerstag, 11.3., 17 Uhr**
Bürgersprechstunde mit Christina Emmrich; Anna-Seghers-Bibliothek, Prewer Platz 2
- **Sonntag, 13.3., 10 Uhr**
Verkehrskonferenz der LINKEN Berlin; ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1
- **Sonntag, 13.3., 10 Uhr**
Kiezspaziergang mit Christina Emmrich; Friedrichsfelde-Süd, Treff: Volkradstraße 8
- **Montag, 15.3., 18.30 Uhr**
„Linke Umweltpolitik in Berlin“, Veranstaltung in der Reihe „Wissen, was läuft“ zum neuen Klimaschutzgesetz, mit Senatorin Katrin Lompscher; Immanuel-Kant-Gymnasium, Filiale Dolgenseestraße 60
- **Sonntag, 21.3.**
Bürgerentscheid: „Wir wollen den ganzen Globus an der Landsberger Allee“
- **Mittwoch, 24.3., 18.30 Uhr ***
„Bedarf Hartz IV kosmetischer Verbesserungen oder müssen diese Gesetze grundlegend überwunden werden?“, AG Politische Bildung, mit Andreas Aust, Referent der Bundestagsfraktion
- **Donnerstag, 25.3., 17 Uhr**
Tagung der BVV Lichtenberg; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Dienstag, 30.3., 15 Uhr**
Lichtenberger Seniorenforum; Gemeindezentrum der Christuskirche, Landsberger Allee 225
- **Mittwoch, 31.3., 17 Uhr**
Ausstellungseröffnung: „30 Plakate aus 65 Jahren Volkssolidarität“; Ratssaal des Rathauses Lichtenberg. Die Ausstellung wird bis zum 30. April zu sehen sein.

*Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14*

Miteinander, füreinander

Die Berliner Volkssolidarität sammelt vom **1. bis 31. März** wieder Spenden. Bitte unterstützen Sie die soziale und kulturelle Arbeit der Volkssolidarität!



„Bunte Platte“ und „Ostseeviertel“

Foto: VaV



In der „Langen Nacht der Politik“ wurde Evelyn Ulrich, Geschäftsführerin des Vereins für ambulante Versorgung (VaV), mit dem Preis „Für Demokratie und Zivilcourage“ geehrt, vor allem für ihr Engagement zum Maifest „Bunte Platte“. Seit ungefähr 15 Jahren gehört sie dieser Interessengemeinschaft an. Das Maifest fand seit 1994 am Obersee in Hohenschönhausen statt, seit 2006 am Warnitzer Bogen. Wie der Name des Festes sagt, soll es eine „bunte Platte“ von Kultur und Politik, mit Teilnehmern von Kitas bis zur Seniorenvertretung sein.

Am 1. Januar wurde sie Geschäftsführerin des VaV. Im März 1991 hatten zwölf engagierte Frauen den Verein gegründet. Drei davon sind noch dabei. Jetzt hat er 138 Mitarbeiter, darunter 108 Frauen und 11 behinderte Menschen. Etwa die Hälfte ist fest angestellt.

Aus dem Selbsthilfetreff BUS (Betreuung – Unterstützung – Selbsthilfe) von 1991 gingen zwei leistungsfähige soziokulturelle Zentren mit vielfältigen Möglichkeiten für Unterhaltung, Sport und kreative Freizeitgestaltung hervor. Der ambulante Familienpflegedienst und die ambulante Wohnhilfe unterstützen Familien, Alleinerziehende und Wohnungslose. Aus Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche aus Vietnam und dem ehemaligen Jugoslawien entstand der Interkulturelle Jugendklub Aquarium. Jetzt ist der Verein Träger von zwei Jugendklubs, zwei Kitas mit Betreuungsplätzen für Integrationskinder, zwei Schulstationen und drei Familienzentren. Der Verein orientiert sich auf Chancengleichheit unabhängig von Geschlecht und Herkunft, auf kulturelle Vielfalt und die Vereinbarkeit von Persönlichkeit, Beruf und Familie.

Evelyn Ulrich (Mitte) in einer Beratung mit ihren Mitarbeiterinnen

1998 wurde Evelyn Ulrich Leiterin des Nachbarschaftshauses Am Berl 8–10. Sie legte Wert auf Integrationsarbeit und auf Verankerung im Wohngebiet. Dabei stützt sie sich auf einen aktiven Kiezbeirat und andere engagierte Träger, Einrichtungen und Unternehmen. Das ist besonders wichtig in einem Neubauviertel, wo es kaum gewachsene Strukturen gibt und nur wenig da ist, womit sich die Menschen identifizieren können. So entstand die Idee des „Ostseeviertels“, denn 11 von 13 Straßen zwischen Prerower Platz und Malchower See tragen die Namen von Orten an der Ostsee. Das „Ostseefest“ kann vielleicht zur Tradition werden.

Der VaV hatte sich gemeinsam mit dem Verein „Lebensmut“ als Stadtteilzentrum und Sozialer Treffpunkt für Hohenschönhausen Nord beworben. Den Zuschlag hat der VaV erhalten, doch die Zusammenarbeit wird wie geplant stattfinden.

Bei der Bundestagswahl 2009 zeigte sich eine Konzentration von rechtsextremen Wählern in den Wohngebieten zwischen Zingster und Darßer Straße sowie im „Welsekiez“. Ein Aktiv des Wohngebiets, dessen Mitglieder vor allem in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, beschäftigt sich damit. „Kameradschaften“ gibt es glücklicherweise nicht mehr, doch die Cliques treffen sich noch. Sie haben Einfluss auf Kinder und Jugendliche, die unsicher und suchend sind. Umso wichtiger ist die kulturelle Jugendarbeit in den Vereinen. Auch das ist eine wichtige Aufgabe des neuen Stadtteilzentrums.

Inge Junginger

Die Lichtenberger Stadtteilzentren

Seit dem 1. Januar 2010 gibt es in Lichtenberg fünf Stadtteilzentren. Allein der LINKEN ist zu verdanken, dass dem eine eineinhalb-jährige öffentliche Debatte über die Anforderungen an die zukünftige Arbeit der Zentren voranging. Ansonsten hätte die zuständige SPD-Stadträtin im Sommer 2008 mit einer Neuausschreibung die Sache weitgehend unbemerkt über die Bühne gehen lassen.

Neue Ansätze

Der Sozialausschuss und die bisherigen soziokulturellen Zentren beteiligten sich intensiv an der Diskussion. Übereinstimmend würdigten sie die sehr gute Arbeit der bisherigen Träger. Doch die Entwicklung Lichtenbergs zur Bürgerkommune einerseits und die immer enger werdenden finanziellen Möglichkeiten des Bezirks erzwangen neue Ansätze.

In jedem der fünf Stadtteile gibt es jetzt ein Stadtteilzentrum. Über die bisherigen Angebote der Stadtteilarbeit hinaus müssen sie die Gemeinwesenentwicklung im jeweiligen Stadtteil koordinieren und begleiten. Als Schnittstellen zwischen Bezirksverwaltung und Bezirksregion werden sie gemeinsam mit den Stadtteilmanagerinnen die Diskussion zum Bürgerhaushalt, den Aufbau eines Kooperations- und Informationsnetzwerkes und die Ressourcenbündelung und gemeinsame Aktionen im Stadtteil verantworten.

Verfahrensunfall?

Bis auf einen Träger erhielten jene Vereine den Zuschlag, die bisher als soziokulturelle Zentren erfolgreich gearbeitet hatten. Von ihnen wurden Konzeptionen eingereicht, die in einer mündlichen Präsentation vorgestellt und bewertet wurden. Anstelle des bisherigen Trägers „Die Kappe e.V.“ übernahm jedoch die Sozialdiakonie das Stadtteilzentrum Lichtenberg Süd, weil deren mündliche Präsentation im Verlaufe des Interessenbekundungsverfahrens höher bewertet wurde als ihre Arbeitskonzeption. Form ging hier vor Inhalt. Obgleich das Verfahren rechtlich nicht beanstandet werden kann, weil für alle Beteiligten die gleichen Bedingungen galten, kritisiert DIE LINKE diese politisch und fachlich falsche Entscheidung. Sie diene offensichtlich dem politischen Ziel der SPD, „Die Kappe e.V.“ aus dem Rennen zu werfen. Wir werden nun genau hinsehen, ob die Sozialdiakonie den hohen Anforderungen an ein Stadtteilzentrum gerecht wird.

Annegret Gabelin



DIE LINKE solidarisch

Angestellte des Schleckermarktes in der Ruchestraße und viele Unterstützer der LINKEN aus Lichtenberg machten am 25. Januar auf das Schicksal der Filiale und der Angestellten aufmerksam. Die gibt es hier seit 20 Jahren, bereits vorher gab es an diesem Ort eine Drogerie. Bei der Aktion wurde der traditionsreiche Laden symbolisch zu Grabe getragen. Die Angestellten landen vermutlich in einer Leiharbeitsfirma von Schlecker ... *Silke Wenk*

Grüße zum 8. März

Die „info-links“-Redaktion grüßt alle Frauen und Mädchen sehr herzlich zum Internationalen Frauentag!



Foto: Silke Wenk

Aufklärung tut not!

Nein, Berlin ist nicht Italien. Der hiesigen Politik und Bauwirtschaft kann man keine unheilvolle Allianz bescheinigen. Doch es gibt für uns Berliner auch keinen Anlass für Selbstzufriedenheit. Zu frisch sind die Erinnerungen an den Westberliner Bausumpf, an das Geschäftsgebaren rund um die Berliner Bankengesellschaft. Gerade letzteres hat gezeigt, wie die Parteibuchwirtschaft das Land Berlin moralisch ruiniert und in die extreme Haushaltsnotlage manövriert hat. Es verwundert deshalb nicht, wenn sich die Öffentlichkeit daran im Zusammenhang mit den jüngsten Vorwürfen an die HOWOGE erinnert.

Presseberichten zufolge habe diese im Februar 2009 versucht, als Projektsteuerer eine

öffentliche Ausschreibung zu umgehen. Eine Direktvergabe unter Parteifreunden? Ja und nein. Ja, weil es diesen Versuch der HOWOGE gab, nein weil der SPD-Bürgermeister von Pankow das unmoralische Angebot ablehnte und die Wohnungsbaugesellschaft an ihre Pflicht zur Auftragsausschreibung erinnerte.

Parallel dazu wollte der Abgeordnete Hillenberg den Senat zu einer Änderung der Vergabepaxis bewegen, durch die die HOWOGE als Generalübernehmer für Landesinvestitionen hätte beauftragt werden können. Damit hätte Pankow tatsächlich die Bauleistung an die HOWOGE direkt vergeben können.

Bei der engen persönlichen Verbindung zwischen Hillenberg und der HOWOGE-Geschäftsführung bleibt die Befürchtung, dass der Abgeordnete wiederum von Aufträgen der

HOWOGE profitiert hätte. Gerade wegen der gemeinnützigen Verantwortung, die das Unternehmen in Lichtenberg trägt, brachte die Fraktion der LINKEN in die jüngste Tagung der BVV den Entschließungsantrag auf Transparenz der HOWOGE-Entscheidungen ein.

Nach einigen Wochen „HOWOGate“ besteht aber auch Anlass zur Hoffnung. Mitglieder beider Koalitionsfraktionen haben sich öffentlich für eine umfassende Prüfung der Vorwürfe ausgesprochen. Der Aufsichtsrat der HOWOGE hat diese Sonderprüfung für alle Auftragsvergaben der letzten fünf Jahre angeordnet. Sollten sich darin die Vorwürfe bestätigen und tatsächlich Vergaberichtlinien missachtet worden sein, sind persönliche Konsequenzen unausweichlich. Denn Berlin ist eben nicht Italien. *Christian Petermann*

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Kulturelle Bildung gefördert

12 von 23 eingereichten Projekten können 2010 in Lichtenberg 30 000 Euro aus dem Fonds „Kulturelle Bildung“ in Anspruch nehmen. Sie dienen der Kooperation zwischen Kultur-, Bildungs- und Jugendeinrichtungen im Bezirk.

Fußgängerüberweg

Um den Park „Zum alten Schulgarten“ auch für Bewohner des Weitlingkiezes erreichbar zu machen, wird jetzt beim Senat ein Fußgängerüberweg zwischen Gisela- und Emanuelstraße beantragt. Diesem von Michael Grunst initiierten Antrag der LINKEN folgte jetzt die BVV.

Pressegeschichte

Presseerzeugnisse aus der Zeit von 1946 bis 1992 können in den Lichtenberger Bibliotheken recherchiert werden. Das Angebot des Zentrums für Kultur- und Zeitgeschichte umfasst mehrere Millionen Artikel aus Ost und West.

Gewerbeentwicklung

17 348 Gewerbebetriebe waren zum 31. Dezember 2009 in unserem Bezirk angemeldet – das sind 445 mehr als im Jahr zuvor. Das Gros stellt die Dienstleistungsbranche, inklusive Gastronomie. Auch die Zahl der Berlintoeristen, die in Lichtenberg übernachten, ist gestiegen.

Spendet fürs Gedenken!

Der Verein „Zivilcourage vereint e. V.“ und das Bezirksamt rufen noch bis zum 15. März zu einer Spende für den Gedenkstein für den Widerstandskämpfer Erwin Nöldner und andere auf. Erinnern, statt vergessen! Kontonummer: 1 113 141, Deutsche Bank AG, BLZ: 100 701 24, VWZ: Gedenktafel Erwin Nöldner, Kontoinhaber: Zivilcourage vereint e. V.

Erweiterte Öffnungszeiten

Die KfZ-Zulassungstelle in der Ferdinand-Schultze-Straße ist seit Anfang Februar von montags bis mittwochs jeweils eine halbe Stunde länger geöffnet, am Freitag sogar bis 13 Uhr.



Bürgerentscheid in Lichtenberg

der Initiative „Wir wollen den ganzen Globus an der Landsberger Allee“ am 21. März 2010

Über folgende Frage können am 21. März alle abstimmen, die zur BVV Lichtenberg wahlberechtigt sind:

„Stimmen Sie für das Ersuchen an das Bezirksamt, in Abänderung der bisherigen Beschlusslage, das eingeleitete Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans 11-43 nicht fortzuführen, durch welches die Ansiedlung eines Globus SB-Warenhauses an der Landsberger Allee 360–362 verhindert wird? Ja/Nein.“

DIE LINKE empfiehlt: Stimmen Sie mit Nein!

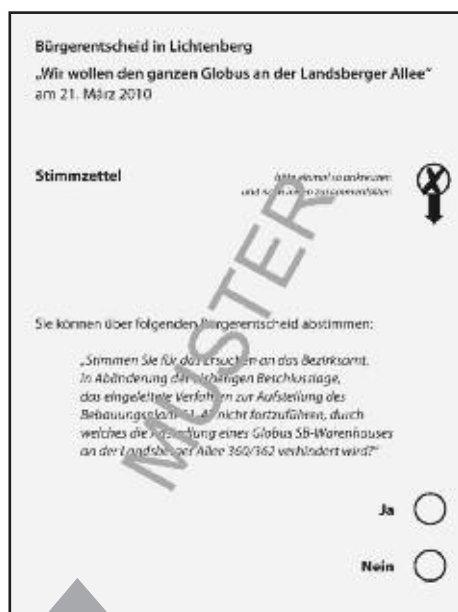
Die Initiative „Wir wollen den ganzen Globus!“ möchte, dass am IKEA-Standort in der Landsberger Allee 360–362 ein riesiges Selbstbedienungs-Warenhaus der Globus-Kette (ca. 8.500 m² Grundfläche statt der üblichen 1.200 m²) errichtet wird. Es gibt gewichtige Gründe dagegen:

1. Die Initiative „Wir wollen den ganzen Globus!“ suggeriert, dass an der Landsberger Allee ein zusätzliches attraktives Einkaufsangebot entstehen würde. **Das ist falsch:** Es gäbe kein zusätzliches Angebot, sondern die bisherige und noch geplante wohnortnahe Versorgungsstruktur an der und um die Landsberger Allee würde durch Globus behindert bzw. vernichtet. Die Zerstörung wohnortnaher Versorgungsstrukturen wäre aber nicht im Sinne der Bevölkerung, sondern gegen ihre Interessen.

2. Die Initiative argumentiert mit einem Gutachten, wonach es durch das Globus-Kaufhaus zu keinerlei Einschränkung der bisherigen Handelsstandorte käme. **Auch das ist falsch:** In seriösen Gutachten und Expertisen wurden Kaufverhalten und Kaufkraftströme untersucht. Mehrere Center und viele kleine Läden – bis hin zum Storchenhof bzw. zur Victoriastadt – würden demnach in ihrer Existenz stark gefährdet sein oder müssten aufgeben. Nur ein einziges Gutachten hat diese Entwicklungen nicht berücksichtigt – aber ausschließlich darauf beruft sich die Trägerinitiative! Das ist eine Irreführung der Öffentlichkeit.

3. Die Trägerinitiative wirbt damit, dass durch das Globus-Selbstbedienungs-Warenhaus etwa 350 Arbeitsplätze geschaffen werden würden. **Das ist wiederum falsch:** Der Einzelhandelsverband hat errechnet, dass für einen neuen Arbeitsplatz mehr als ein vorhan-

dener Arbeitsplatz verloren gehen würde. Globus würde also in der Summe keine Arbeitsplätze schaffen, sondern Arbeitsplätze vernichten.



So sieht der Stimmzettel zum Bürgerentscheid in Lichtenberg am 21. März aus: DIE LINKE empfiehlt ein Nein!

4. Die Trägerinitiative erweckt den Eindruck, als sei der von ihr bekämpfte Bebauungsplan 11-43 eine aktuelle Schikane des Bezirksamtes gegen Globus. **Das ist ebenfalls falsch:** Der Bebauungsplan 11-43 steht in Übereinstimmung mit der bereits 2005 beschlossenen Bereichsentwicklungsplanung des Bezirks, dem Stadtentwicklungsplan „Zentren II“ für Berlin (März 2005) und dem Zentren- und Einzelhandelskonzept des Bezirks von 2008. Der Landesentwicklungsplan von 2009 bestätigt diese Ziele.

Gemeinsam ist all diesen Planungen, entlang der Landsberger Allee eine dezentrale, überall fußläufig erreichbare und vielfältige Infrastruktur zu ermöglichen. Wer das als Schikane empfindet, der hat anderes im Sinn als die Interessen der Bevölkerung – die im Übrigen an diesen Planungsprozessen beteiligt war.

5. Die Initiative unterstellt, dass der Bezirk anderen Unternehmen gegen Globus Konkurrentenschutz gewähren würde. **Das ist erneut falsch:** Die Ablehnung durch den Bezirk richtet sich nicht gegen Globus, sondern allein

gegen diesen Standort. Der Bezirk hat Globus andere Standorte angeboten, um sich in bezw. entstehende wohnortnahe Strukturen integrieren bzw. diese sinnvoll ergänzen zu können. Das hat Globus strikt abgelehnt, weil man offenbar von IKEA profitieren und zugleich die Kunden anderer Einrichtungen haben will.

Dass Globus nach maximalem Profit strebt, ist sein Recht, aber es ist die Pflicht der Politik, die Bevölkerung zu schützen, wenn sie dafür mit einem großen Verlust an Lebens- und Wohnqualität zahlen soll.

6. Die Trägerinitiative tut so, als würde ohne Globus-Selbstbedienungs-Warenhaus neben IKEA eine „Versorgungsbrüche“ drohen. **Auch das ist falsch:** Das Bezirksamt Lichtenberg fördert konsequent und transparent die Entwicklung eines Möbel- und Fachmarktzentums neben IKEA und passt die Planung dafür stets schnell und unproblematisch den Wünschen der Investoren an. Es wird also keine „Versorgungsbrüche“ neben IKEA geben, allerdings muss auch verhindert werden, dass alle bisherigen und noch geplanten Versorgungsstandorte an der und um die Landsberger Allee zu Brachen verkommen.

Was will der Bezirk?

- Der Bezirk will ein Netz wohnortnaher und zu Fuß erreichbarer Versorgungszentren, damit überall die Lebens- und Wohnqualität der Bevölkerung weiter erhöht wird.
- Der Bezirk will mit dem Bebauungsplan 11-43 neben IKEA ein attraktives und reichhaltiges Möbel- und Fachmarktzentrum ermöglichen.
- Der Bezirk will, dass Globus sein Selbstbedienungs-Warenhaus in unseren Zentren baut, um diese zu stärken, und nicht dort, wo niemand wohnt und nur Autofahrer einkaufen können.
- Der Bezirk will auch, dass kleine Nahversorgungseinrichtungen und attraktiver Handel an integrierten Standorten in Lichtenberg und auch in Marzahn eine Chance haben.
- Der Bezirk will, dass vor allem der Anton-Saefkow-Platz, der Storchenhof, die Weiße Taube, dass alle Kieze in Lichtenberg mehr attraktiv und für die Bevölkerung fußläufig erreichbaren Einzelhandel bekommen.

Deshalb bitten wir Sie: Nehmen Sie am 21. März am Bürgerentscheid teil! Lehnen Sie das Anliegen der Initiative „Wir wollen den ganzen Globus!“ ab! **Stimmen Sie mit Nein!** Und überzeugen Sie davon Ihre Familie, Freunde, Bekannte und Nachbarn!



Oft gestellte Fragen zum Bürgerentscheid

● Wer ist abstimmungsberechtigt?

Zum Bürgerentscheid am 21. März sind alle Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, die zur Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wahlberechtigt sind. Das sind alle in Lichtenberg lebenden deutschen Staats- sowie EU-Bürgerinnen und -Bürger ab dem 16. Lebensjahr, sofern ihnen nicht das Wahlrecht zeitweilig oder vollständig entzogen ist.

● Wann wäre der Bürgerentscheid in Lichtenberg erfolgreich?

Der Bürgerentscheid wäre erfolgreich, wenn sich mindestens 15 Prozent der bei der letzten Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung festgestellten Zahl der Wahlberechtigten an der Abstimmung beteiligt haben und die Mehrheit der gültigen Stimmen mit Ja votiert. Bei Stimmgleichheit gilt das Anliegen als abgelehnt.

Konkret: Zur letzten Lichtenberger BVV-Wahl 2006 gab es 211 592 Wahlberechtigte. Davon müssten mindestens 31 739 Abstimmungsberechtigte (15 Prozent) teilnehmen. Wären alle abgegebenen Stimmen gültig, würden also 15 870 Ja-Stimmen zum Erfolg des Bürgerentscheids führen.

● Könnte die Firma Globus ohne Bebauungsplan bauen?

Die Initiative für das Globus-Warenhaus fordert, „das eingeleitete Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans 11-43 nicht fortzuführen“. Sie suggeriert so, dass dann ein Selbstbedienungs-Warenhaus möglich wäre. Das ist falsch: Eine Verkaufseinrichtung dieser Größenordnung wäre nur mit einem Bebauungsplan möglich.

● Warum kann ein erfolgreicher Bürgerentscheid nur eine Empfehlung sein?

In Berlin gilt der Grundsatz, dass die Bevölkerung über alles selbst entscheiden kann, wozu die BVV Beschlüsse fassen darf. Eine solche weitreichende Regelung für die direkte Demokratie gibt es bundesweit nur in Berlin.

Logischerweise beinhaltet dieser Grundsatz aber auch, dass die Bevölkerung über Sachverhalte nicht entscheiden oder nur Empfehlungen abgeben kann, zu denen auch die BVV keine abschließenden Entscheidungen treffen bzw. nur Empfehlungen verabschieden darf. Hierzu gehört der Umgang mit bereits eingeleiteten Bebauungsplan-Verfahren, weil diese per Bundes- und Landesgesetz an ein bestimmtes Vorgehen – vor allem eine klar definierte Form von Bürgerbeteiligung – ge-

bunden sind, die weder die BVV noch die Bürgerschaft außer Kraft setzen kann.

Außerdem sind an ihrer Entscheidung in der Regel auch Gremien – wie z. B. das Abgeordnetenhaus oder der Senat – beteiligt, auf deren Handeln eine BVV keinen verbindlichen Einfluss ausüben kann. Die BVV kann in einem solchen Falle also nur Empfehlungen an das Bezirksamt aussprechen. Demzufolge kann auch ein erfolgreicher Bürgerentscheid nur empfehlenden Charakter haben, dem zu folgen das Bezirksamt nicht verpflichtet ist.

● Wäre eine Nichtteilnahme nicht sicherer als eine Nein-Stimme?

Manche Gegner des Globus-Projekts haben die Sorge, dass erst durch ihre Teilnahme am Bürgerentscheid das notwendige Beteili-

gungswilligkeit – auch wenn uns das Anliegen politisch nicht gefällt.

Abgesehen davon, dass man grundsätzlich solche demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten nutzen sollte, scheint in diesem Fall der sicherere Weg, hinzugehen und mit Nein zu stimmen. Und möglichst viele Verwandte, Freunde und Bekannte zu überzeugen, das ebenfalls zu tun ...

● Warum sollten die Malchower oder Rummelsburger teilnehmen?

Wie schon gesagt, sind Plebiszite ein demokratisches Grundrecht, das man auch in Anspruch nehmen sollte.

Zudem sind die negativen Folgen eines Globus-Selbstbedienungs-Warenhauses – wie umseitig gezeigt – nicht auf das Gebiet an der



Foto: Jörg Rückmann

gungswilligkeit von 15 Prozent gesichert wird. Und wenn es dann noch der Initiative gelingt, die Mehrheit von ihrem Anliegen zu überzeugen, dann hätten die Nein-Stimmen letztlich zum Erfolg des Bürgerentscheids beigetragen, obwohl man doch dagegen war. Sollte man also lieber nicht hingehen und darauf setzen, dass auf diese Weise die 15 Prozent Mindestbeteiligung gar nicht erst zustande kommen?

Wer so kalkuliert, geht ein hohes Risiko ein. Nur bei einem hohen Beteiligungsquorum könnte eine solche Überlegung aufgehen. Rot-Rot in Berlin will aber, dass diejenigen entscheiden, die sich beteiligen. Und nicht die, die sich nicht beteiligen. Deshalb ist das Berliner Beteiligungsquorum von 15 Prozent das niedrigste in der Bundesrepublik, um ein deutliches Zeichen zu setzen, dass wir Plebis-

zite wollen und um die Landsberger Allee begrenzt. Eine Abstimmungsbeteiligung und eine Ablehnung des Vorhabens liegen durchaus auch im Interesse von Bürgern aus den entfernteren Stadtteilen.

Es ist eine Frage der Solidarität gegenüber den besonders Betroffenen, dass man einen Beitrag zu deren Lebens- und Wohnqualität leistet. Zumindest man nur zur Abstimmung gehen und mit Nein votieren muss.

Und schließlich sind durchaus auch Situationen vorstellbar, wo besonders betroffene Menschen in Malchow, Wartenberg, Alt-Lichtenberg oder Rummelsburg auf die Unterstützung aus der Landsberger Allee und den dortigen Wohngebieten zählen müssen.

Die Argumente zum Bürgerentscheid wurden von Peter-Rudolf Zotl zusammengestellt.

Grundgesetz Art. 20, Abs. 1

Von Gesine Lötzsch, MdB

„Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.“ Dieser Grundgesetzartikel wird gerade heftigst diskutiert. FDP-Chef und Vizekanzler Guido Westerwelle nahm das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze zum Anlass, Bedürftige unflätig zu beschimpfen, von „spätromischer Dekadenz“ und „anstrengungslosem Wohlstand“ zu schwadronieren. Die Kanzlerin ließ zwar erklären, das wäre nicht ihre Wortwahl, und Sozialministerin von der Leyen setzte sich in einem Interview von Westerwelle ab – aber ob die Regelsätze erhöht oder gesenkt werden, ist völlig offen. Ursula von der Leyen erklärte schon einmal im „Tagesspiegel“, dass es „respektlos gegenüber dem Gericht (wäre), ohne die notwendigen Daten, die erst im Herbst vorliegen, eine Debatte darüber zu führen, ob der Regelsatz rauf- oder runtergehen muss“.

Gerechte Löhne sind das Gebot

Sogar 14 Prozent unserer Anhänger empfinden – laut einer Umfrage – die Regelsätze bei Hartz IV als zu hoch. Auch sie werden ja täglich mit Medienbeiträgen konfrontiert, in denen diese These vertreten wird. Das zeigt mir aber, wie viel Aufklärungsarbeit DIE LINKE noch leisten muss.

Die Agenda 2010 drückt direkt auf die Löhne. Normale Arbeitsverhältnisse wurden zerstört. Die Politik von Schröder und Fischer hat den Niedriglohnsektor massiv ausgeweitet. Leiharbeit, Minijobs, Ein-Euro-Jobs – das ist für Millionen Menschen Realität. Die Reallöhne sind in Deutschland in den letzten 20 Jahren gesunken, die Spanne zwischen Niedriglöhnen und Hartz IV wird immer geringer ...

Die Lösung ist jedoch nicht weniger Hartz IV, sondern guter Lohn und endlich die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes. Westerwelle und Co. wollen aber einen Krieg der Armen gegeneinander. DIE LINKE wird sich diesem Prinzip des „Teile und herrsche“ immer entgegenstellen.

Raus aus Afghanistan

Am 20. Februar brach in den Niederlanden eine Regierung der großen Koalition auseinander. Die niederländischen Sozialdemokraten waren nicht bereit, den Beschluss, 2010 aus Afghanistan abzuziehen, aufzuheben. Die Ent-



Regelmäßig besucht Gesine Lötzsch Betriebe in ihrem Wahlkreis. Diesmal sprach sie auf dem BVG-Betriebshof in der Indira-Gandhi-Straße mit Fahrern über deren Arbeitsbedingungen.

scheidung der niederländischen Sozialdemokraten gab vielen Hoffnung, die am gleichen Tag in Berlin und anderen deutschen Städten für das Ende des Afghanistankrieges demonstrierten. Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE stimmten am 26. Februar gegen das von der Regierung verlangte neue Mandat mit Truppenaufstockung. Froh wäre ich, wenn wir endlich die anderen Fraktionen überzeugen könnten, genauso zu stimmen.

Schwarz-gelbe 100-Tage-Bilanz

Es ist üblich, neuen Regierungen 100 Tage Zeit zu lassen, um sich einzuarbeiten. Anfang Februar war diese Frist verstrichen. Die Kritik der LINKEN fiel deutlich aus:

- Diese Regierung ist bestechlich. Das Stichwort „Mövenpick-Partei“ sagt alles.
- Diese Regierung ist unfähig. Sie ist nicht in der Lage, die Ursachen der Bankenkrise ernsthaft anzugehen.
- Diese Regierung ist unsozial. Gutverdiener erhalten eine doppelt so hohe Kindergeld-erhöhung wie Durchschnittsverdiener. Arme gehen leer aus.
- Diese Regierung ist unökologisch. Sie ist der verlängerte Arm der Atomlobby.
- Diese Regierung führt Krieg. Sie hat keinen Plan entwickelt, die Bundeswehr endlich wieder nach Hause zurückzuholen.

Wir als LINKE werden uns damit nicht abfinden und überall unsere Stimme gegen diese Politik erheben.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar:

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787
- **Sprechstunde:** 30. März, 17 Uhr, Bürgerbüro (bitte zur Sprechstunde anmelden!),

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!

Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba-Sommer:** ☎ 0172-39 25 870, nach Vereinbarung (unter 0177-17 68 633)
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 18. März, 17 Uhr, Klub „Magnet“, Strausberger Straße 5
- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 7. April, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zottl:** ☎ 0151-1560 2356, 24. März, 17 Uhr, Klub „Magnet“, Strausberger Straße 5, sowie am 12. April, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus, Zimmer 417 a

Wir kommen auch gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**



Ein Ehrenamt mit Anspruch

Über die Ausstellung „115 Jahre Karlshorst – Streiflichter der Geschichte“ sprach Inge Uesseler mit Jürgen Weyda von den „Karlshorster Geschichtsfreunden“.



Seit fünf Jahren gibt es die Karlshorster Geschichtsfreunde. Wie kam es dazu?

Im kleinen Kreis ärgerten wir uns 2005 über Fehler in der gerade erschienenen Broschüre „110 Jahre Karlshorst“. Da wurde zum Beispiel das Haus der Offiziere dem Theater Karlshorst zugeordnet. Ich wusste aber aus eigenem Erleben, ich bin ja hier aufgewachsen, dass dieses sich im Kreiskulturhaus befand. Das war der Beginn.

Inzwischen sind wir zwölf Bürger aller Altersgruppen, Berufstätige und Nichtberufstätige, die unter Leitung von Professor Michael Laschke ehrenamtlich Kiezgeschichte erforschen, Vorträge organisieren und selber halten, Kiezkalender und Broschüren publizieren sowie Führungen veranstalten. Wir arbeiten dabei bewusst mit dem Bürgerverein, dem Erzählkreis und anderen im Stadtteil engagierten Leuten zusammen.

Zweifellos ein Höhepunkt ist eure letzte Arbeit, die aktuelle Ausstellung.

Wir griffen unterschiedlichste Themen auf, z. B. das jüdische Leben in Karlshorst vor 1933, über die Nazi-Zeit bis zu den Stolpersteinen, die heute an die ehemaligen vertriebenen und ermordeten Bewohner erinnern. Andere Tafeln sind Persönlichkeiten gewidmet, die hier gelebt haben oder zeigen Denkmale in Karlshorst. All das ist das Ergebnis intensiver ehrenamtlicher Arbeit. Öffentliche Mittel haben wir nicht – „nur“ viel Eigeninitiative. Am besten, man schaut sich die Ausstellung an (bis 13.3. im Kieztreff, Treskowallee 64; danach ist sie u. a. im Rathaus Lichtenberg zu sehen, 2.–28.6.).

Was hast du selbst von dieser zeitaufwendigen, ehrenamtlichen Arbeit?

Man erweitert seinen Horizont, es macht Spaß, das „Ehrenamt“ gibt meinem Rentnerdasein Sinn.

● **Foto:** Gedenkstein zur Gründung Karlhorsts, eingeweiht am 13. Juni 1913. Er befand sich an der heutigen Wandlitzstraße.

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin,
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 2/10: 1.3.2010

Die nächste Ausgabe erscheint am 8.4.2010

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 17.3.2010

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Sonntag, 7.3., 11.30 Uhr**
„mies-verstehen“, Führung im Mies-van-der-Rohe-Haus, Haus, Garten, Ausstellung; Oberseestraße 60
- **Sonntag, 7.3., 16 Uhr**
Ausstellungseröffnung: „Erlebnis Kunst zwischen Freizeit und Profession“; studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Dienstag, 9.3., 18 Uhr**
Lesung: „Mythos Brest. Der Kampf um die Festung im Juni 1941“, mit Christian Ganzer und Alena Pashkovich; Deutsch-Russisches Museum, Zwieseler Straße 4
- **Dienstag, 9.3., 19 Uhr**
Ausstellungseröffnung: „Weltfeld-Feldwelt“, Alexander Georgiew, Malerei; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99
- **Mittwoch, 10.3., 16.30 Uhr**
Theater im Globus: „Der Wolf und die sieben Geißlein“; Alte Schmiede, Spittastraße 40
- **Mittwoch, 10.3., 14.30 Uhr**
„Wir feiern Frauentag“, mit dem Tenor Daniel Malheur; Begegnungsstätte Hönower Straße 30 a, Eintritt, incl. Kaffeegedeck: 6 €
- **Sonnabend, 13.3., 19 Uhr**
Jazz: Die Gruppe „Colinda“ spielt die Musik der Cajun in den Mississippi-Sümpfen Louisianas, außerdem: „Tom Blacksmith & The Soulminers“ mit Blues und Soul sowie die jüngste deutsche Dixieland Band „Jazzy Kids“; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 13 €
- **Sonntag, 14.3., 14 Uhr**
Kunstprojekt zu 25 Jahre Hohenschönhausen: „Berlin Berlin Berlin. Da kiekste, wa?“ (noch bis 11.4.); studio im hochhaus, Zingster Straße 25, Infos: 929 38 21
- **Dienstag, 16.3., 18 Uhr**
Theateraufführung: „Der gute Mensch von Sezuan“, danach Publikumsgespräch; Theater an der Parkaue, Parkaue 29
- **Donnerstag, 18.3., 14,30 Uhr**
Dia-Vortrag mit Günter Creutzburg: „Paläste, Kirchen und Bastionen – Maltas historische Hauptstädte“; Seniorenbegegnungsstätte, Ruschestraße 43
- **Freitag, 19.3., 18.30 Uhr**
Preisrägerkonzert des Gitarrenwettbewerbs der Schostakowitsch-Musikschule; Theater Karlshorst, Stolzenfelsstraße 1
- **Mittwoch, 24.3., 18 Uhr**
Vortrag: „Sturm auf Berlin“, mit Alexej Issajew und Gerd-Ulrich Herrmann; Deutsch-Russisches Museum Karlshorst